Verwaltung und Verwendung des Kirchenvermögens

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Freiburger Geschichtsblätter**

Band (Jahr): **9 (1902)**

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Das kirchliche Vermögensrecht
des Kantons Freiburg
in seiner historischen Entwicklung und heutigen Geltung.

Von

Prof. Dr. K. Holder.

(Schluß.)

Viertes Kapitel.

Verwaltung und Verwendung des Kirchenvermögens.

Die Verwaltung des Kirchenvermögens [1]) lag ursprünglich in den Händen des Bischofs, welcher zuerst Diakonen, später eigens dazu aufgestellte Oekonomen, welche unter seiner Aufsicht standen, damit betraute. Das Anwachsen des Kirchenvermögens, namentlich an Grund und Boden, ließ eine einheitliche Verwaltung nicht mehr aufrecht erhalten; die Folge davon war die Abtrennung des Ortskirchengutes vom Gesamtkirchengut, etwa vom 8. und 9. Jahrhundert an, und eine besondere Verwaltung der bona parti-

---

[1]) S. Probst, Die Verwaltung des Kirchenvermögens in den drei ersten Jahrhunderten (Tübinger Quartalschrift, 1872, p. 383 ff); Grashof, Die Gesetze der römischen Kaiser über die Verwaltung. . . . des kirchl. Vermögens (Archiv f. kathol. Kirchenrecht Bd. 36, p. 193 ff); Loening, Geschichte des deutschen Kirchenrechts I, p. 234 ff, II, p. 694 ff; Stutz, Die Verwaltung und Nutzung des kirchl. Vermögens in den Gebieten des weström. Reiches von Konstantin d. Gr. bis zum Eintritt der german. Stämme in die kathol. Kirche. Berlin. Diss. 1892; Derselbe, Geschichte des kirchlichen Benefizialwesens, I. Bd., 1. Hälfte, Berlin 1895; Derselbe, Die Eigenkirche, Berlin 1895, und die früher erwähnten Lehrbücher des Kirchenrechts.

cularia unter der Oberaufsicht des Bischofes. Die natürlich gegebenen Verwalter des Lokalkirchenvermögens waren die Vertreter der kirchlichen Institute, wie Pfarrer, Klostervorstand, Kapitel u. s. w. Waren die Laien zuerst von der Verwaltung des Kirchengutes ausgeschlossen, so brachten es die Verhältnisse mit sich, daß später auch Pfarrgenossen zur Teilnahme an der Verwaltung des Ortskirchengutes zugezogen wurden; seit dem 13. und 14. Jahrhundert treffen wir Laien, welche unter der Aufsicht der kirchlichen Behörden das Ortskirchengut als Kirchenmeister (Kilchmeyer), Pfleger, Kirchenvögte u. s. w. verwalten.

Diese Autonomie in der Verwaltung des Kirchengutes wurde durch die Reformation durchbrochen, indem die weltliche Gewalt das Kirchenvermögen teils an sich zog, teils unter ihre Verwaltung stellte. Die Verwaltung des Kirchenvermögens kam auch in katholischen Ländern unter die Vormundschaft des Staates und konnte namentlich im 17. und 18. Jahrhundert nicht mehr frei ausgeübt werden. Namentlich war es das Staatsrecht des Josephinismus und die in Theorie und Praxis übergegangene rechtliche Anschauung, daß die Vermögensfähigkeit der Kirche eine Konzession des Staates sei, und daß folglich letzterer befugt sei, das Oberaufsichtsrecht über Verwaltung und Verwendung des Kirchenvermögens auszuüben, welche für die Verwaltung des Kirchengutes von einschneidender Bedeutung wurden. Doch wollen wir hervorheben, daß diese Entwicklung keine einheitliche war und daß wir auch seit dem 16. Jahrhundert noch verschiedentlich ein Oberaufsichtsrecht des Bischofs über das Kirchenvermögen finden [1]).

§ 1.

Verwaltung und Verwendung des Kirchenvermögens bis Ende des 18. Jahrhunderts.

A. **Verwaltung des Kirchenvermögens.** Ueber die früheste Verwaltung des Kirchenvermögens auf Freiburger Territorium haben wir keine positiven Nachrichten. Seit dem 14. Jahr-

[1]) Vgl. z. B. Blumer, Staats- und Rechtsgeschichte der schweizerischen Demokratien II, 1. Abteil., p. 255.

hundert treffen wir in Freiburg Kirchenpfleger, welche die Verwaltung der kirchlichen Stiftungen, des Armen- und Spitalfonds teils ausübten, teils darüber die Aufsicht führten [1]). Im Laufe des 15. Jahrhunderts dehnte sich die Anteilnahme der Kirchenpfleger an der Verwaltung allmählich auf das Kirchen- und Benefizialgut aus, aber doch so, daß die Autonomie der kirchlichen Verwaltung ziemlich gewahrt blieb [2]). Den kirchlichen Korporationen aber, besonders den Klöstern, wurde bezüglich der Verwaltung ihres Vermögens weniger Spielraum gelassen. In der Regel wurden denselben Klostervögte gesetzt, welche die Verwaltung zu führen und Rechnung zu stellen hatten [3]). Diese Klostervögte hatten weitgehende Befugnisse; die kirchlichen Genossenschaften konnten ohne den Klostervogt weder Kauf, Tausch noch andere Rechtsgeschäfte eingehen [4]).

Dieser sich immer mehrenden Tendenz, die Verwaltung des Kirchenvermögens oder wenigstens die Aufsicht darüber in den Händen der Civilbehörde zu konzentiren, trat im 15. und 16. Jahrhundert die Diözesangesetzgebung entgegen, indem dieselbe die immunitas des Kirchengutes scharf betonte, die Bestimmungen des Basler Konzils über den Gegenstand wiederholte und die Einmischung Unberechtigter in das kirchliche Vermögensrecht zurückwies [5]).

Die Behörde, welche, wie schon früher betont wurde, am meisten in die Entwicklung des kirchlichen Vermögensrechtes eingriff, war die heimliche Kammer [6]). Dies gilt auch von der Verwaltung des Kirchenvermögens. Der Einfluß der heimlichen Kammer auf die vermögensrechtlichen Angelegenheiten der kirchlichen

---

[1]) Daguet, Histor. Auszüge, 7. Sept. 1335, 7. Sept. 1338, 30. August 1393, 14. Oktober 1414, 3. Oktober 1431. (Freib. Staatsarchiv.)

[2]) Vgl. Ratsmanual vom 8. Sept. 1451, 4. August 1452, 1. Juni 1464, 11. Aug. 1515, 17. Aug. 1549.

[3]) Ratsmanual vom 8. November 1451, 13. April 1455, 29. Juni 1500 9. Juni 1509.

[4]) Ratsmanual vom 12. März 1482.

[5]) Constitutiones synodales 1494, fol. 21 ff, 32 ff; Constitutiones 1523, §§ 32 und 41.

[6]) S. über die Befugnisse dieser Behörde: Holder, Ueberblick über die Freiburger Verfassungsgeschichte 1900, p. 12.

Korporationen läßt sich feststellen, soweit ihre Tätigkeit an der Hand der Protokolle zurückverfolgt werden kann [1]). Andererseits war es auch ein äußerer Grund, nämlich die mangelhafte Verwaltung des Kirchengutes, über welche häufig, auch von kirchlicher Seite, Klage geführt wurde, welcher einer Einmischung dieser Behörde Vorschub leistete. Diese Umstände brachten es mit sich, daß die weltliche Behörde einen immer größeren Einfluß auf die Verwaltung des Kirchengutes erlangte und schließlich, wie über eine ihr zustehende Sache, Gesetze und Verordnungen erließ.

Wir haben oben erwähnt, daß die kirchlichen Genossenschaften Rechnung über die Verwaltung ihres Vermögens ablegen mußten; dies wird im Jahre 1547 als „alter loblicher bruch" bezeichnet. Daß diese Rechnungsablegung nicht immer mit Regelmäßigkeit geschah und auch oft unterblieb, und daß sich die kirchlichen Korporationen dieser aufgelegten Verpflichtung zu entziehen suchten, ist leicht zu begreifen. Diesem Zustande wollte die heimliche Kammer ein Ende machen [2]), da man in geistlichen Häusern und Klöstern zu Stadt und Land schlecht haushalte. Dies komme daher, weil man die Rechnungen derselben nicht prüft. Deshalb regt die heimliche Kammer an, daß die Angelegenheit näher beraten werden solle, und daß den geistlichen Häusern von drei zu drei Jahren Vögte neu angestellt und bestätigt werden.

Die Anregung fiel auf günstigen Boden. Der Rat beschäftigte sich wiederholt mit der Sache und drang darauf, daß die Rechnungsablage der kirchlichen Genossenschaften regelmäßig durchgeführt würde [3]). Die heimliche Kammer sorgte dafür, daß der Eifer des Rates nicht erlahmte. Sie wachte über die Ausführung der obrigkeitlichen Bestimmungen, ersuchte, wenn es ihr notwendig schien, den Rat um neue Verordnungen, hielt die säumigen Verwalter zur Ablegung ihrer Rechnungen an, forderte zur Kontrolle einen Auszug der Einkünfte der Gottesglieder u. s. w. Sie erhob sich heftig gegen unnütze Ausgaben, verlangte die Züchtigung

---

[1]) S. die Projektbücher 1495 ff.

[2]) Projektbuch W. Proj. 1547 (Législ. et var. 55, fol. 1b).

[3]) S. die Ratsmanuale und die Ratserkanntnussenbücher von 1549 ff. z. B. Ratsmanual vom 13. Juli 1579.

der betreffenden Klöster und die Abstellung des „großen zeug und gasterei;" sie deckte die Mißbräuche, welche sich bei Ablegung der Rechnungen eingeschlichen hatten, auf, und verlangte die Durchführung einer energischen Ordnung bei Prüfung der Klosterrechnungen. Nicht nur die Klöster in der Stadt sondern auch auf dem Lande sollen verhört werden. Auch von den Kirchmeiern und den Bruderschaften sollen die Rechnungen abgelegt werden [1]).

Der Rat ermahnte die Klöster zur Sparsamkeit und drang darauf, daß alle überflüssigen Ausgaben vermieden werden [2]). Da die rationelle Verwaltung des Klostervermögens zu wünschen übrig ließ, setzte der Rat eine Kommission ein, welche sich beraten solle, auf welche Weise das Vermögen am vorteilhaftesten verwaltet werden könne; diese Kommission solle dann dem Rat Bericht erstatten. Die Vorschläge, welche aus den Kommissionsberatungen hervorgingen und durch den Rat im Jahre 1581 den Klosteroberen vorgelegt wurden, sind folgende [3]):

1. Es wäre gut, wenn jedes geistliche Haus einen Laien hätte, welcher mit der Verwaltung aller Güter und Einkünfte, in einem Worte, mit der Verwaltung des Zeitlichen: Abgaben, Zehnten, Güter, Weinberge, Alpen, Vieh u. s. w. betraut würde. Derselbe sollte ebenfalls befugt sein, das Haus in Rechtssachen zu vertreten.
2. Dieser Verwalter soll das Vermögen gewissenhaft verwalten, im Kloster wohnen und den Klosteroberen Rechnung schuldig sein.
3. Da die Klöster viele entlegene Liegenschaften besitzen, deren Bewirtschaftung große Kosten verursache, so wäre es besser, solche Güter an Bauern zu verpachten. Dadurch würde viel Weg und Zeitverlust für die Religiosen erspart und die Einkünfte erhöht.
4. Die Klöster sollen sich der Sparsamkeit und der Genügsamkeit befleißigen.

---

[1]) Projektbuch 1555, 1557, 1559, 1568, 1571 (Lègisl. et var. 55, fol. 30[a], 39[b], 45[a], 104[a], 125); Projektb. 1572, 1578, 1580 (Législ. et var. 56, fol. 5, 71[b], 95); Projektb. 1597, 1600, 1602 (Législ. et var. 57, fol. 233, 249, 260, 261).

[2]) Ratsmanuale und Ratserkanntnussenbücher vom 18. Juli 1558, 6. November 1559, 23. Juli 1560, 2. Mai 1564 u. s. w.

[3]) Ratserkanntnussenbücher 16, fol. 137[b] (18. Juli 1581).

Welchen Erfolg dieser Vorschlag hatte, läßt sich nicht feststellen; tatsächlich scheint an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert worden zu sein. Die heimliche Kammer setzte ihre Bemühungen in der angegebenen Richtung fort, und der Rat schärfte wiederholt die Verordnung ein, die Klosterrechnungen zu verhören [1]). Nach althergebrachter Sitte begaben sich die Deputierten zur Abnahme der Rechnungen in die Klöster und versammelten den Konvent. Im Jahre 1595 und 1596 berät sich der Rat darüber, ob es nicht besser wäre, die Rechnungen hier zu verhören; doch wurde beschlossen, für dieses Jahr noch beim Alten zu bleiben, jedoch könne dies für die Zukunft nicht maßgebend sein [2]).

Um den unbefugten Eingriffen der Kirchenpatrone und anderer Laien in die Verwaltung des Kirchenvermögens, speziell der Benefizien, Einhalt zu tun, beschloß der Rat, auf die Klage der Benefiziaten hin, ein Verzeichniß der Einkünfte der Pfarrbenefizien, Kapellen, Kirchenfabriken und anderer geistlichen Glieder machen zu lassen; dabei solle festgestellt werden, wie viel die Kirchenpatrone von den Einkünften beziehen, und ob dieselbe solche nicht wiederrechtlich sich aneignen u. s. w. Diese Aufnahme soll auf dem ganzen Territorium gemacht werden und zwar in den Vogteien im Beisein des Regierungsstatthalters. Ein Bericht soll darüber dem Rat eingereicht werden [3]).

Auch die kirchliche Behörde hielt darauf, daß die Verwaltung des Kirchengutes eine regelmäßige sein sollte. Die Synodalgesetzgebung erließ Bestimmungen, welche eine gewissenhafte Verwaltung des Kirchenvermögens bezweckten; dieselbe betont, daß der Benefiziat das Kirchenvermögen und die kirchlichen Einkünfte überwachen solle, und daß er für allfälligen Schaden am Kirchenvermögen haftbar gemacht wird. Die Bruderschaften werden zu jährlicher Rechnungsablegung gezwungen; die Rechnungsablegung über Vermögensstand und Einkünfte der Benefizien muß in Gegenwart des Pfarrgeistlichen stattfinden [4]).

---

[1]) Vgl. Ratsmanual und Ratserkanntnussenbücher vom 28. Nov. 1594, 1. Feb. 1595, 8. Juni 1595, 2. Mai 1596, 7. Mai 1597; Projektbuch 1597 ff.

[2]) Ratsmanual vom 17. April 1595 und 2. Mai 1596.

[3]) Mandatenbuch III, fol. 34a (1. Dezember 1611).

[4]) Constitutiones synodales 1494, fol. 32; Const. synodales 1523

Der Rat übte seit Anfang des 17. Jahrhunderts eine strenge Kontrolle über die Verwaltung der kirchlichen Korporationen aus. Im Jahre 1612 erließ er eine Ordnung [1]) betreffs der Spital- und Bruderschaftsrechnungen; er forderte jährliche eingehende Rechnungsablage von Klöstern und kirchlichen Korporationen und verwandte darauf Tage und Wochen. Der Reihe nach sehen wir die Verwalter verschiedener Stiftungen, wie Seelenmeister, Siechenvogt, Kirchmeier, Bruderschaftsmeister, Spitalmeister, ferner die Klöster Altenryf, Part-Dieu, Valsainte, Barfüsser, Augustiner, Magerau u. s. w., das Kapitel St. Niklaus, die Benefiziaten und Pfarreien vor dem Rat erscheinen, um Rechenschaft abzulegen [2]). Die säumigen Gottesglieder, sowohl Klöster als Geistliche, werden wiederholt ermahnt, jährlich ihre Rechnung abzulegen und am bestimmten Tage vor den Deputirten zu erscheinen [3]).

Bezüglich der Kirchengüter, welche die Landleute in Händen haben, wurde im Jahre 1660 bestimmt, daß über die Verwaltung derselben in Gegenwart des Pfarrhern, des Venners und des Vogtes jährlich Rechnung abgelegt werden soll [4]). Im Anschluß daran erneuerte der Rat ein früheres Mandat der Kirchengüter wegen, von denen gesagt wird, daß sie nicht gut in den Händen der bestellten Kirchenpfleger gelassen werden können aus Besorgniß, dieselben könnten verschleudert werden; eine jährliche Rechnungsablage in Gegenwart des Pfarrers und des Vertreters der weltlichen Behörde sei notwendig [5]).

Die heimliche Kammer hatte unterdessen den Klöstern ihre spezielle Aufmerksamkeit gewidmet. Nach jahrzehntlangen Anstrengungen brachte dieselbe im Jahre 1673 eine Reform des Vermögensrechtes, hauptsächlich die Klöster betreffend, von welcher

---

§ 41; Statuta synodalia 1599 c. II, § 8; Stat. synod. 1625, § 21; Constit. synodales 1665, fol. 114; Manuale curiæ episcopalis 1594 ff. passim (Bischöfl. Archiv).

[1]) Ratsmanual vom 16. April 1612.

[2]) Mandatenbuch 1621 ff. z. B. III, fol. 204, 205, 302[b], 409[b], 603[a], 619[a] u. s. w.

[3]) Ratsmanual vom 13. März 1646. 28. Mai 1652.

[4]) Ratsmanual vom 20. Mai 1660.

[5]) Mandatenbuch V, fol. 115 (20. Sept. 1660).

im ersten Kapitel das nähere zu finden ist, zu Stande. Die die Verwaltung des Klostergutes betreffenden Bestimmungen sind folgende [1]):

„Es wird bei allen Klöstern zur Verwaltung der weltlichen Geschäfte von der gnädigen Obrigkeit je ein Pfleger bestellt werden, dessen Ernennung ohne Widerrede für alle Zeiten zu den Befugnissen des Rates gehören soll.

Jährlich wird der Pfleger des Gotteshauses dem Rat oder der dazu deputierten Behörde den Bericht seiner Verwaltung vorlegen mit Angabe des Vermögens, der Einnahmen und Ausgaben, damit die Obrigkeit wisse, wie das Vermögen verwaltet wird, und ob die aufgestellten Verordnungen befolgt werden.

Von den künftigen Verwaltern soll ein Eid gefordert werden" [2]).

Dieses Reglement wurde den kirchlichen Korporationen, welche, seien es Klöster oder andere geistliche Glieder, der Obrigkeit jährlich Rechnung zu stellen schuldig sind, mitgeteilt mit der Aufforderung, ihre Rechnungen jährlich, wie es von alten Zeiten her immer Brauch war, mit Angabe aller Hauptgüter mitzuteilen, damit man wisse, in welchem Stand der Oekonomie sie sich befinden [3]).

Die Mahnungen und Aufforderungen an die Gottesglieder, die Rechnungen abzulegen, wiederholten sich bald seitens des Rates. Die Verzeichnisse der liegenden und fahrenden Güter mußten eingefordert werden, unter Androhung der obrigkeitlichen Beschlagnahme derjenigen Güter, welche nicht angegeben werden [4]). Die bei Gelegenheit der Rechnungsablage der kirchlichen Korporationen übliche Mahlzeit wurde im Jahre 1692 abgeschafft und dafür eine von den Gottesgliedern zu bezahlende Entschädigung eingeführt [5]).

---

[1]) Ratsmanual vom 26. Januar 1673.

[2]) Letztere Bestimmung wurde als zu weitgehend beanstandet (Ratsmanual vom 26. Januar 1673).

[3]) Geistliche Sachen No. 446 (14. April 1678).

[4]) Ratsmanual vom 22. Mai 1681, 4. März 1683.

[5]) Ratsmanual vom 28. Mai 1692.

Die heimliche Kammer verlor die Verwaltung der kirchlichen Korporationen nicht aus dem Auge. Wie wir oben gesehen haben, hat dieselbe durch zielbewußtes Vorgehens am Ende des 17. Jahrhunderts die Errichtung einer Amortisationskammer, welche den Erwerb der kirchlichen Korporationen zu überwachen hatte, einer Dotationskammer, welcher die Dotirung der Klostergeistlichen unterstand und einer Exekutionskammer, welche die Ausführung der Gesetze und Bestimmungen in Betreff des kirchlichen Vermögensrechtes zu besorgen hatte, durchgesetzt. Zu derselben Zeit sehen wir dieselbe ebenfalls bemüht, die Errichtung einer Administrations- und Aufsichtskammer, welcher die Aufsicht über Verwaltung und Verwendung des Kirchenvermögens unterstellt werden sollte, zu erreichen. Zur Begründung der Notwendigkeit derselben weist die heimliche Kammer auf die mangelhafte Verwaltung der Renten und Einkünfte der Gottesglieder, auf die zu großen Ausgaben und auf den schlechten Haushalt derselben hin und verlangt zuerst ein Reglement, um den Mißbräuchen in der Verwaltung ein Ende zu machen, sowie eine regelmäßige jährliche Einberufung und eingehende Prüfung der Rechnungen [1]). Im Jahre 1731 stellt die heimliche Kammer den Antrag, die obenerwähnte Kammer zu errichten und begründet den Antrag damit, daß die Seckelmeister, Stadtschreiber und Venner, welche die Inspektoren und Väter der Gottesglieder von Amtswegen sind, mit mannigfaltigen Geschäften anderweitig so überhäuft sind, daß es ihnen gleichsam unmöglich ist, eine rechte und genügende Aufsicht über die Gottesglieder zu führen [2]). Diese Kommission wurde vom Rate eingesetzt; im Zusammenhang damit wurde die Stellung und die Befugnisse der Klostervögte neu beraten [3]). Wir erfahren nichts näheres über die spezielle Befugnisse dieser Verwaltungskommission, noch über das Verhältnis der Klostervögte zu derselben. Seit 1756 treffen wir dieselbe in Thätigkeit und mit der Verwaltungsaufsicht betraut; im Laufe des 18. Jahrhunderts tritt sie uns wiederholt entgegen und führt auch den Titel « commission de vérification des comptes » [4]).

[1]) Projektbuch 1679, 1716, 1721, 1722 (Législ. et var. 58, fol. 135 a, 212 a, 220 b, 222 a).

[2]) Projektbuch 1731 (Législ. et var. 58, fol. 242).

[3]) Projektbuch 1756 und 1757 (Législ. et var. 58, fol. 324 a, 325 b).

[4]) Ratsmanual vom 8. Juli 1757, 26. März 1776, 27. April 1780.

Das 18. Jahrhundert brachte in Bezug auf die Verwaltung des Kirchenvermögens keine weiteren neuen Momente. Die Zügel der Verwaltung des Kirchengutes wurden immer straffer angezogen, die weltliche Behörde regierte in Bezug auf die Verwaltung des Kirchengutes so zu sagen als ausschließlicher Faktor. Es ist überflüßig, die Anzüge und Aufforderungen, welche an die kirchlichen Korporationen behufs Rechnungsablegung und Verwaltung im 18. Jahrhundert ergingen, aufzuführen [1]). Daß diese Aufsicht eine gründliche war, ergibt sich, um ein Beispiel anzuführen, aus dem Ersuchen des Rates [2]) an das Kapitel St. Niklaus, die Titel aller seiner Kapitalien, Renten, Ausgaben und den Nachweis der bisherigen Verwaltung seiner Güter vorzulegen. Da die Rechnung des Kapitels nicht nach obrigkeitlichem Befehl aufgestellt war, so wurde dieselbe suspendirt und dem Kapitel der positive Befehl zugesandt [3]) mit der Weisung, daß 1. die Kapitalien summariter in diese Rechnungen kommen und spezificirt werde, wie viel Zins davon empfangen wurde, 2. die Summe der Anniversarien und die Einkünfte derselben angezeigt werden, 3. die Stiftungen spezificiert werden und das Einkommen derselben ebenfalls angegeben werde, 4. der Propst dafür sorgen solle, daß der Procurator nicht so lange derselbe bleibe.

Die Klagen über schlechte Verwaltung der kirchlichen Korporationen wiederholten sich ebenfalls in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Der Rat ließ nun allen Klöstern, Gottesgliedern, Bruderschaften u. s. w. durch Generalmandat bekannt geben, daß dieselben keine Handlung von vermögensrechtlicher Wirkung ohne obrigkeitliche Gutheißung, und zwar unter Strafe, vornehmen können; zugleich beauftragt er die Verwaltungskommission, einzelne kirchliche Korporationen, bei welchen besonderer Anlaß vorlag, funditus zu untersuchen und einzusehen [4]). Zur Herstellung einer rationellen Oekonomie wird ein Verwaltungs-

---

[1]) Vgl. Ratsmanual und Ratserkanntnussenbücher von 18. Juni 1734, 10 Juni 1737, 5. März 1753 u. s. w.

[2]) Ratsmanual vom 16. November 1756.

[3]) Ratsmanual vom 8. Juli 1757.

[4]) Ratsmanual vom 26. März 1776; Mandatenbuch V, fol. 238.

plan aufgestellt und Bestimmungen über Ausgaben, Sparsamkeit und Rechnungsablegung gegeben [1]).

B. **Verwendung des Kirchenvermögens** [2]). Diese ist im Laufe der Jahrhunderte im ganzen dieselbe geblieben, wie sie ursprünglich war. In den ersten Zeiten wurden die Einkünfte jeder Kirche gewöhnlich in vier Teile geteilt: für den Bischof und die kirchliche Verwaltung, den Klerus, zum Unterhalt der kirchlichen Gebäude und des Kultus und für die Armen. Nach Abtrennung des Ortskirchengutes vom allgemeinen Kirchengut und mit der Ausbildung des Eigentums der einzelnen Kirchen trennte sich an letzteren in der Regel das Ortskirchengut in Benefizialgut, zum Unterhalt der Geistlichen, und in Fabrikgut, zum Unterhalt der kirchlichen Gebäude und des Kultus. Neben diesen entstanden beinahe überall noch besondere kirchliche Stiftungen zum Unterhalt der Schulen und der Armen. Die Sorge für die Armen blieb dennoch als Pflicht des Klerus bestehen, wenn auch durch die Stiftung von Wohltätigkeitsanstalten die Last vermindert wurde; doch hat die neuere kirchliche Gesetzgebung diese Verpflichtung erneuert [3]).

Ueber die älteste Verwendung des Kirchenvermögens auf Freiburger Territorium haben wir keine bestimmten Nachrichten; ohne Zweifel galt das gemeine kirchliche Recht. Die Handfeste von 1249, welche im wesentlichen eine Neubestätigung der Gründungsurkunde von 1179 ist, bestimmt [4]), daß von erblosem Gut ein Drittel zu kirchlichen Zwecken verwendet werden soll; über die Art der Verwendung wird nichts gesagt.

Daß die Verwendung des Kirchenvermögens und der Einkünfte desselben unter der Kontrolle des Bischofs stand, ersehen wir aus den Klagen, welche uns in den bischöflichen Visitationsprotokollen über Verschleuderung und schlechte Verwendung des Kirchenvermögens entgegentreten. Die Synodalgesetzgebung [5]) be-

---

[1]) Ratsmanual und Ratserkanntnussenbuch vom 27. April 1780.

[2]) c. 27—30, C. XII, qu. 2; Loening, Geschichte des d. Kirchenrechts I, p. 240 ff. II, p. 695 ff.

[3]) Conc. Tridentinum. Sess. XXV c. 1. de reformatione.

[4]) Handfeste ed. Lehr. § 23.

[5]) Constitutiones synodales, fol. 1494, fol. 20 b, 21.

legt mit Strafen diejenigen, welche die Einkünfte der Benefizien ohne Rechtstitel beziehen, und wendet sich gegen Patrone und andere, welche von den Einkünften der Benefizien mehr beziehen, als ihnen von Rechtswegen zusteht. Diese Bestimmungen wurden im Jahre 1523 erneuert und in den späteren Statuten dahin erweitert, daß von den kirchlichen Rechtsamen und Einkünften nichts preisgegeben werde, sondern daß dieselben stiftungsgemäß und nicht zu Gunsten der Familie des Benefiziaten verwendet werden sollen [1]).

Die weltliche Behörde scheint erst dann Veranlassung genommen zu haben, bezüglich der Verwendung des Kirchenvermögens einzugreifen, als Mißbräuche sich in die Verwendung desselben einschlichen. Vorher beschränkte sie sich darauf, über Verwendung von Opfer und Zehnten, Regelung der Einkünfte, Anstände wegen Einkünfte u. s. w. zu statuiren [2]). Als dann die Klagen wegen schlechten Haushalts der Klöster in Stadt und Land vorgebracht wurden, sah sich der Rat veranlaßt, näher über die Verwendung des Klostervermögens zu wachen [3]). Um der Nichterfüllung vorgeschriebener Bedingungen und stiftungswidriger Verwendung bei Schenkungen, Vermächtnissen, Stiftungen u. s. w. vorzubeugen, hat das Stadtrecht folgende Bestimmungen aufgenommen [4]):

§ 361. Wann die geding und vorbehalt einer gabung nit gehalten werdend. In gemein ist eine gabung beschechen mit geding und vorbehalt und das geding usgaht oder aber nit erstattet würd, so mag die gabung widerruft werden durch den geber selbs oder durch syne erben.

§ 362. In gottsgaben. Wann einer ein erbärmbliche gabung oder ein gabung us andacht, als gottsgaben, die den armen, den stiften . . . . geschehen, empfacht und die condition und geding, in welchen die gab vergabet worden, nit haltet, dieselbige auch nach des gebers

[1]) Constitutiones synodales 1523, §§ 30, 32; Statuta synodalia, 1625, §§ 2, 22; Constitutiones synodales 1665, fol. 114.

[2]) Ratsmanual vom 6. Juni 1483 ff; Projektbuch 1501, 1502, 1503 ff. (Législ. et var. 54, fol. 18 b, 25 a u. s. w).

[3]) Projektbuch 1547 (Législ. et var. 54, fol. 1 b).

[4]) Municipale ed. Schnell, §§ 361, 362.

willen, meinung und ordnung ohne änderung und gloss nit brucht noch anwendt, so mag des gebers erb und syne nachkummen die gabung mit fug und recht entkräftigen lassen.

Es wurden ebenfalls wiederholt Klagen seitens der Benefiziaten laut, welche vorbrachten, daß die Kirchenpatrone die hauptsächlichsten Einkünfte an sich ziehen, so daß zu anderweitiger Verwendung wenig übrig bleibe. Der Rat versprach Abhilfe [1]). Im Jahre 1627 machte der Rat dem Kapitel St. Niklaus Vorhalt darüber, daß ein Kanonikat Jahre lang nicht besetzt werde und die Einkünfte desselben anderweitig verwendet werden. Der Rat verlangt, daß das Kanonikat wieder besetzt werde, zumal der Gottesdienst nicht gut gesungen sei; er erwarte Bescheid in dieser Angelegenheit. Sollte das Kapitel, wie solches schon vorgekommen sei, sich ungünstig oder unehrerbietig aussprechen, so werde man dasselbe schon an geistliche Zucht gewöhnen können [2]).

Ein offenes Auge hatte auch die heimliche Kammer für die Verwendung des klösterlichen Einkommens. Dieselbe verlangte genaue Kontrolle über die Ausgaben der Klöster; sie beklagt sich ferner, daß, ungeachtet des großen Einkommens der Klöster, wenig für gute Zwecke verwendet wird, sondern daß dasselbe zum großen Teil dazu dient, um den Müßiggang zu erhalten. Dieser Mißbrauch soll abgeschafft, und es sollen Mittel beraten werden, wie dies am besten geschehen könne [3]).

Der Rat hielt sehr auf die stiftungsgemäße Verwendung des Kirchen- und Stiftungsvermögens. Auf eine Anfrage der heimlichen Kammer, ob man die Gottesglieder nicht zu Trost und Hilf der in den vaterländischen Kriegen geschädigten oder in Armut geratenen Bürger heranziehen dürfe, zumal die Einkünfte derselben oft nicht zur richtigen Verwendung kämen, antwortete der Rat, daß er keineswegs gestatten werde, daß das Einkommen wider die Intention des Stifters angewandt werde [4]). Im Jahre

---

[1]) Mandatenbuch III, fol. 34 (1. Dez. 1611).
[2]) Mandatenbuch III, fol. 635 a (10. November 1627).
[3]) Projektbuch 1644, 1645 (Législ. et var. 58, fol. 54 a, 57 a).
[4]) Projektbuch 1659 (Législ. et var. 58, fol. 97 b).

1660 verordnete der Rat verschiedene Maßnahmen, damit das Kirchengut nicht verschleudert und der richtigen Verwendung nicht entzogen würde [1]).

Ueber die Verwendung der Einkünfte in Frauenklöstern wurde im Jahre 1673 bestimmt, daß mit den Zinsen des Vermögens die Klosterfrauen erhalten werden; darin werden die Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Instandhaltung der Gebäude, der Gehalt des Kaplans, die Ausgaben für Sakristei und Kirchenausschmückung und alle anderen Sachen inbegriffen [2]).

Ueber die Verwendung der Einkünfte aus dem Vermögen der Gottesglieder und Stiftungen weiß die heimliche Kammer an den Rat im Jahre 1679 zu berichten, daß man gegen die Intention der Stifter geht, das Einkommen nicht nur für allerhand unnütze und unverdiente, wie auch für fremde Personen verwendet, sondern daß man auch so viel ausgibt, daß das Grundvermögen angegriffen und also die Bruderschaften und das Spital zu Grunde gerichtet werden. Deshalb haben die Venner und die heimliche Kammer befunden, daß es an der Zeit sei, größerem Uebel vorzubeugen und die Angelegenheit vorzubringen, damit solcher überschwenglicher Ausgaben wegen der Rat eine bessere Ordnung erlassen und die Ausführung derselben einer zu errichtenden Behörde (Administrations- und Aufsichtskammer) übertragen solle [3]). Der Rat ging teilweise auf die Anregung ein und erließ vor der Hand eine Bestimmung über die Verwendung des Stiftungsvermögens [4]). Die Wirkung war nur von kurzer Dauer; denn schon im Jahre 1685 hob die heimliche Kammer hervor, daß die Gottesglieder, Spital und Bruderschaften u. s. w. zu Grunde gehen müssen, wenn nicht ernste Remedur geschaffen wird, da es bekannt sei, daß jährlich das eine oder andere Gottesglied von seinem Grundvermögen verbrauche und verwende. Es sei nun an der Zeit, daß der Rat ein „sattes" Reglement erlasse und

---

[1]) Mandatenbuch V, fol. 115 a.

[2]) Ratsmanual vom 26. Januar 1673.

[3]) Projektbuch 1679 (Législ. et var. fol. 135 a). Das nähere schon oben.

[4]) Ratsmanual vom 29. Oktober 1631.

durchführe. Die Einkünfte der Gottesglieder seien festzustellen, und die Ausgaben darnach zu beschränken. Daß die Einkünfte der Stiftungen erschöpft werden, liegt unter anderem in dem Umstande, daß ein großer Müßigang herrscht, und daß beinahe niemand arbeitet; man nimmt auch allerhand schlechte arme Leute zu Hintersassen an oder tolerirt dieselben. Diese alle leben aus den Stiftungen; Arme aus alten und verburgrechteten Geschlechtern seien es nur wenige, welche von den Gottesgliedern erhalten werden [1]). Der Rat ging auch diesmal auf den Vorschlag der heimlichen Kammer ein und verordnete eine Reform der Gottesglieder im angegebenen Sinne und die stiftungsgemäße Verwendung des Vermögens [2]).

Dem Uebelstande auf die Dauer abzuhelfen, schien auf diese Weise undurchführbar. Anfangs des 18. Jahrhunderts kam die heimliche Kammer auf die Angelegenheit zurück und betonte, daß es auf der Hand liege, daß die Renten und Einkünfte der Gottesglieder durch die großen Ausgaben merklich erschöpft werden, und daß letztere schließlich zu Grunde gehen müssen; es solle eine rationelle Verwendung der Einkünfte eingeführt werden, und dies sei Sache des Rates [3]). Die heimliche Kammer sieht das Heil nur in der Errichtung einer Aufsichtskammer, welche schließlich auch zu Stande kam; seit der Mitte des 18. Jahrhunderts treffen wir dieselbe in Tätigkeit. Da die Aufsichtskammer im wesentlichen mit der Verwaltungskammer zusammenfällt, brauchen wir hier auf ihre Tätigkeit nicht näher einzugehen und können auf das oben gesagte verweisen.

Ueber die Arten der Verwendung des Kirchenvermögens im einzelnen wollen wir nur noch kurz beifügen, daß neben der gewöhnlichen Verwendung der kirchlichen Einkünfte und der Erträgnisse der Stiftungen, solche auch, z. B. Opfer, Zehnten u. s. w. zum Kirchbau verwendet wurden. Der Unterhalt der Kirchen und Kapellen [4]), sowie des Kultus, wurde, sofern nicht besondere

[1]) Projektbuch 1685, l. c. fol. 157 b.

[2]) Ratsmanual vom 21. November 1689.

[3]) Projektbuch 1716, 1721, 1731, l. c. fol. 212 a, 220 b, 242 a.

[4]) c. 4 X. de eccl. ædif. vel reparandis III, 48. Vgl. die Berichte der Visitationsprotokolle von 1416/17 und 1453 über den schlechten Unterhalt der Kirchengebäude.

Stiftungen vorhanden waren, aus den Einkünften der Kirchenfabrik bestritten; der Unterhalt der kirchlichen Gebäude der Klöster oblag den Stiften, der Unterhalt der Privatkapellen, deren es in Freiburg eine große Anzahl gab, den Besitzern. Doch finden wir auch, daß Kirchenpatrone, welche oft auch Einkünfte aus der Kirche bezogen, und Stifte, welchen eine Pfarrei inkorporirt war, die kirchliche Baulast zu tragen haben [1]). In Bezug auf die Unterhaltung der kirchlichen Gebäude griff die geistliche und weltliche Behörde, wenn es notwendig schien, ein, und drang darauf, daß dieselben restaurirt und unterhalten würden [2]).

§ 2.

Verwaltung und Verwendung des Kirchenvermögens in der neuern Zeit. Das geltende Recht.

Unter der helvetischen Republik wurde das Kirchengut als Nationalvermögen sequestrirt und eine Administrationskammer errichtet; das Vermögen der Klöster und geistlichen Stiftungen wurde der Verwaltung der Civilbehörde unterstellt. Das Gesetz vom 12. Juni 1798 bestimmt über die Verwaltung folgendes [3]):

« Considérant que l'Etat doit aussi bien pourvoir à l'entretien des membres des abbayes et couvens, qu'à la sûreté des biens de telles communautés, chaque chambre administrative est chargée dans son ressort..... de choisir dans la personne d'un habitant de l'endroit propre à un tel emploi, un administrateur qui, sous sa responsabilité, rendra extactement compte de la rente et de la dépense du couvent, dont il aura l'inspection, à la chambre administrative du canton. Toute

---

[1]) Ratsmanual vom 6. Juni 1483, 28. August 1583, 3. Februar 1594, 24. April 1597.

[2]) Vgl. z. B. Mandatenbuch II, fol. 151 (16. Juli 1597); III, fol. 89 b (24. Juli 1618); Constitutiones synodales 1665, fol. 119--120; Ratsmanual vom 15. März 1753 ff; Visitationsberichte des 17. und 18. Jahrhunderts. (Bischöfl. Archiv). Statuta synodalia 1812, p. 9 ff.

[3]) Bulletin officiel de la chambre administrative du canton de Fribourg I, p. 120 ff.

disposition à l'égard du mobilier est interdite aux abbayes et couvens pendant la durée du séquestre ; et chaque chambre administrative est chargée dans son ressort d'y veiller.

Il est de plus ordonné par les présentes, que les membres de ces abbayes et couvens, les artisans et domestiques qui y sont attachés, seront entretenus convenablement et qu'on pourvoira de même à l'entretien des bâtiments nécessaires.

Il est permis de même aux administrateurs établis d'affermer pour cette année, comme précédemment ils étaient déjà ordinairement affermés, les revenus de ces communautés, à condition qu'ils présenteront les marchés qu'ils concluront à cet effet, à la chambre administrative que cela pourra regarder, pour obtenir son approbation.

Le choix des administrateurs de ces biens étant laissé à la chambre administrative du canton, il est entendu qu'elle est aussi responsable de leur gestion. »

Das Geſetz vom 18. September 1798 beſtimmt über die Verwaltung und Verwendung des Vermögens der klöſterlichen Genoſſenſchaften folgendes [1]) :

« La chambre administrative de chaque canton dans lequel se trouvent des couvens ou quelque autre genre de corporations religieuses, pourvoira à la régie de leurs biens au nom de l'Etat et de la manière suivante :

a) La chambre administrative prendra et tiendra un inventaire exact des biens meubles et immeubles.

b) Elle nommera, sous sa responsabilité, pour chaque couvent situé dans son ressort, un administrateur probe et entendu [2]).

c) Celui-ci invigilera exactement et soigneusement les biens-fonds, bâtiments, etc. Il dirigera en général l'économie du couvent, de l'abbaye ou du chapitre confié à ses soins. Il tiendra un compte exact de la recette et de la

---

[1]) Bulletin officiel I, p. 341.

[2]) Auf Grund des Geſetzes vom 12. Juni 1798 und dieſer Ausführungsbeſtimmungen wurden in Freiburg die Verwalter für die verſchiedenen Klöſter von der Adminiſtrationskammer ernannt (Bulletin officiel I, p. 122).

dépense et devra soumettre ce compte, avec les pièces à l'appui nécessaires, tous les trois mois à la révision de la chambre administrative.

Lorsque la chambre administrative aura reçu un compte de quartier du régisseur et l'aura examiné et vérifié, elle sera tenue d'en faire parvenir une copie au ministère des finances pour la remettre aux autorités supérieures.

Si après avoir fourni à l'entretien des membres de la corporation et payé les autres dépenses indispensables, il se trouve un excédent dans le revenu annuel de l'un ou de l'autre de ces couvens ou corporations, cet excédent sera destiné à l'entretien des établissements d'éducation ou de secours publics et au soutien d'autres couvens peu moyennés; mais le fond lui-même ne pourra jamais être distrait, tant que le couvent existera.

Il leur (aux membres qui quittent la corporation) sera alloué, aussi longtemps qu'ils resteront en Suisse, une pension annuelle, proportionnée aux circonstances; par contre ils ne peuvent former aucune prétention sur la dot qu'ils auraient apportée à leur entrée au couvent. »

Bei der offiziellen Mitteilung und Ausführung des Gesetzes vom 17. September 1798 wurden Zusatzbestimmungen erlassen [1]) « qui déterminent d'un côté avec précision les conditions sous lesquelles les membres de ces communautés pourront jouir du bienfait de cette loi et qui établissent de l'autre une régie et comptabilité exacte et fidèle des biens nationaux attribués à l'entretien des couvens et communautés religieuses. »

Die Bestimmungen über die Verwaltung sind folgende [2]):

« Tous les intendans ou receveurs des couvens, etc., institués par les chambres administratives, rendront des comptes de leur gestion jusqu'à la fin du mois de novembre, accompagnés d'un tableau complet de l'économie du couvent, chapitre, etc., qui leur est confié.

---

[1]) Bulletin I, p. 447 ff. (23. November 1798).

[2]) Bulletin I, p. 450.

Ces comptes seront examinés et vérifiés par la Chambre administrative du canton et envoyés ensuite au ministre des finances avec leurs remarques.

Cette reddition de compte sera répétée à la fin du mois de décembre et ensuite de trois mois en trois mois.

Dès que le ministre des finances aura un apperçu général et complet de tous les biens des couvens, de leur étendue, situation et produit, il formera un plan pour fondre, simplifier et faciliter leur administration.

Il dressera un état des sommes et des fournitures, qui seront indispensables pour donner une honnête subsistance aux ecclésiastiques, qui préfèrent de vivre ensemble et pour payer les pensions à ceux qui prennent le parti de se retirer du couvent.

Il assignera à chaque couvent et communauté et à chaque pensionnaire le fonds duquel il lui sera fourni la subsistance.

Lorsqu'il se trouvera sur le revenu général de tous les couvens, chapitres, etc., un excédent, déduction faite de toutes les dépenses qui pèsent sur le dit revenu, il en sera donné connaissance au Directeur exécutif, pour assigner le montant aux ministres de l'intérieur et de l'instruction publique, afin de l'employer selon la teneur de la loi. »

Im Jahre 1803 wurde durch die Mediationsakte den Klöstern die Güter und den kirchlichen Korporationen die Verwaltung zurückgegeben; bezüglich der Verwaltung des Klostervermögens wurde im Jahre 1805 der frühere Zustand wieder hergestellt, indem den Klöstern die Verwaltung ihres Vermögens zurückgegeben wurde, die Klostervögte oder Pfleger die Oberaufsicht über dieselbe erhielten [1]). In wichtigeren Sachen mußte der Pfleger an den Rat gelangen; in gewöhnlichen Verwaltungssachen konnte er selber entscheiden.

Nach Wiederherstellung des früheren politischen Zustandes im Jahre 1814 wurde die Verwaltung des Kirchen- und Stiftungsvermögens der Pfarreibehörde übertragen.

---

[1]) Bulletin des lois III, p. 195.

Die neue Verfassung von 1814[1]) hat darüber folgende Bestimmungen:

« Elle (l'administration de paroisse) administre les biens d'église et des écoles; mais elle ne peut en faire d'autre emploi que celui auquel ils ont été destinés dès leur origine. Cependant dans les localités où les biens d'église et des écoles ont déjà leur administration particulière, celle-ci sera conservée.

En général tous les biens de cette nature ne pourront jamais être confondus avec d'autres, mais seront administrés séparément.

Les révérends curés continuent à assister aux délibérations qui sont en rapport avec l'administration des biens d'église, des écoles et des pauvres dans les paroisses où cet usage est établi. »

Das Gemeindegesetz von 1831 überträgt die Verwaltungsbefugnisse des Benefizial- und Stiftungsgutes der Gemeindebehörde und bestimmt[2]):

« Dans les communes qui forment à elles seules une paroisse, le conseil communal administre les biens d'église et des écoles.

Dans les paroisses au contraire, qui sont formées par la réunion de plusieurs communes, les statuts ou les usages existants sont conservés jusqu'à ce qu'il y soit pourvu par une loi générale.

En attendant et pour éviter que rien ne souffre d'une interruption même momentanée, l'assemblée paroissiale nomme cinq ou sept administrateurs pour la régie de ses affaires paroissiales, c'est-à-dire, pour l'administration des biens d'église, des écoles, des pauvres et d'autres fondations pies, en un mot pour tout ce qui concerne leurs intérêts communs. Ces administrateurs nomment leur président et leur secrétaire.

---

[1]) Constitution de la ville et républ. de Fribourg. Frib. 1816' p. 125.

[2]) Bulletin des lois XIV, p. 161.

Les biens d'église et des écoles ne peuvent jamais être confondus avec d'autres et sont administrés séparément. »

Eine vollständige Umwälzung vollzog die Regierung von 1847 in Bezug auf die Verwaltung des Kirchenvermögens. Zuerst hob dieselbe eine Reihe von Klöster auf und verleibte das Vermögen derselben dem Staatgut ein, welches als solches unter die staatliche Verwaltung kam [1]). Die übrigen klösterlichen Genossenschaften wurden « par extinction » aufgehoben [2]) und ihr Vermögen sollte zu einem öffentlichen Zweck verwendet werden [3]). Unterdessen erhielten die Mitglieder der aufgehobenen Klöster eine Jahresrente; den noch fortbestehenden klösterlichen Genossenschaften wurden « les moyens nécessaires à une honnête sustentation qui ne pourra jamais dépasser le revenu net des propriétés respectives, meubles et immeubles, qui avaient constitué leur patrimoine » zugesichert. Die Polizei- und Finanzdirektion wurden mit der Verwaltung und Aufsicht des Klostervermögens betraut.

Durch die Verfassung von 1848 wurde ebenfalls sämmtliches Benefizialgut und die Schulfonds der Civilverwaltung unterstellt [4]):

§ 84. Les biens de l'évêché, du clergé séculier et régulier, sont ou demeurent placés sous l'administration civile. La loi règle le mode de cette administration.

§ 92. Les biens quelconques destinés à l'instruction laïque ou cléricale seront administrés civilement, sous la surveillance de l'Etat.

Das Ausführungsgesetz bezüglich der Verwaltung des Benefizialgutes enthält folgende Bestimmungen [5]):

« Il est établi :

a) Une commission administrative pour les biens de l'é-

---

[1]) Bulletin des lois XXII, p. 15 und 22.

[2]) Bulletin XXIII, p. 35 ff; p. 99—102.

[3]) S. das Dekret vom 29. Januar 1849 über die Gründung von kantonalen Wohltätigkeitsanstalten (Bulletin XXIV, p. 47 ff).

[4]) Bulletin des lois XXIII, p. 16—17.

[5]) Bulletin XXIII, p. 192 ff. (5. Juli 1848).

vêché, les biens généraux du clergé et ceux du Séminaire.

b) Une pour les biens du chapitre de St-Nicolas et du clergé de Notre-Dame et

c) Une ou plusieurs commissions pour les biens du clergé séculier du canton.

Les autres biens quelconques, destinés à l'instruction laïque ou cléricale, seront soumis à la commission administrative respective, dans l'arrondissement de laquelle se trouve le siège actuel de leur administration.

Ces administrations sont placées sous la direction et la surveillance immédiate des préfets des districts respectifs. Elles sont soumises à la haute surveillance de la Direction de l'instruction publique et des cultes.

Les biens de cures ou de chapellenies, régis par la même commission dans deux districts différents, sont placés sous la surveillance du préfet, dans le ressort duquel se trouve le chef-lieu de la paroisse.

Les membres des commissions sont personnellement responsables de tous les actes de leur gestion.

Le Conseil d'Etat fixe le nombre des commissions et établit leur circonscription.

Chaque commission est composée de trois membres nommés par le Conseil d'Etat qui en désigne aussi le président. L'un des membres fait les fonctions de secrétaire. La durée de leurs fonctions est de trois ans, ils sont rééligibles.

Les commissions reçoivent une rétribution proportionnée aux revenus de la généralité des biens et à la nature des affaires de leur administration. Dans ce but, les frais de l'administration seront centralisés, dans tout le canton, selon la différence des cultes, et prélevés proportionnellement sur l'excédant des revenus fixés sur une base équitable.

Elles font dresser un inventaire exact et séparé de tous les biens meubles et immeubles appartenant aux bénéfices, cures, chapellenies ou autres personnes morales, confiés à leur administration. La vérification en sera faite régulièrement toutes les années.

Elles sont chargées de recouvrer et de rassembler tous les titres, créances et documents appartenant aux bénéfices ou personnes morales de leur ressort et nécessaire pour administrer les biens conformément à leur destination.

Elles autorisent toutes les poursuites juridiques. En cas d'urgence, le président peut autoriser les premières opérations ; mais il est tenu d'en référer à la première séance.

Le secrétaire fournit à chaque bénéficier un état des créances dont le revenu lui est acquis. Il lui communique annuellement les changements survenus. Cet état est visé par la commission.

Les administrateurs, bénéficiers ou personnes quelconques, qui refuseraient de faire la remise des titres, argents, fonds ou documents faisant partie de ces biens, y seront contraints, selon la gravité des cas, cumulativement ou isolément, par voie d'exécution militaire, par l'annulation des intérêts illégalement acquittés, par la cancellation des titres eux-mêmes, par la privation du bénéfice ou de tous les avantages y attachés.

Le Conseil d'Etat pourra établir une classification des revenus des divers bénéfices, afin de rétribuer plus convenablement ceux d'entre eux qui ne jouiraient par de produits suffisants à une honnête existence, au moyen d'une réduction proportionnelle, opérée selon une échelle équitable, des revenus des bénéfices plus lucratifs.

Il y a auprès de chaque commission un ou plusieurs receveurs. Ils tiennent une comptabilité séparée pour chaque bénéfice. Le Conseil d'Etat en détermine le nombre et fixe la circonscription de chaque recette.

Les receveurs sont chargés de la surveillance spéciale de tous les meubles et immeubles, terres et bâtiments appartenant aux bénéfices de leur ressort.

Ils dressent un compte annuel de leur gestion, le font contre-signer par le bénéficier et par le conseil de paroisse, ou par le conseil communal, là où il n'existe pas de conseil de paroisse. Les comptes sont fournis en deux doubles et sont soumis à la passation de la commission d'administration et à la ratification du préfet.

Si les comptes des receveurs donnent lieu à des observations de la part du bénéficier ou de la part du conseil de paroisse, elles seront soumises à la commission d'administration qui prononcera sur leur mérite, sous bénéfice de recours au préfet.

Les réparations majeures à faire aux églises, chapelles, presbytères et autres bâtiments quelconques, relevant des biens bénéficiers, seront autorisées par la Direction de l'Instruction publique et des cultes. L'autorisation du Conseil d'Etat est nécessaire pour toutes les constructions nouvelles.

Dans le but d'exercer efficacement la surveillance sur toutes les opérations des administrations, la Direction de l'Instruction publique et des cultes examine ou fait examiner, au moins une fois par an, la gestion des commissions et des recours. Un règlement statué par le Conseil d'Etat établira ultérieurement le mode d'administration en conformité des principes du présent décret. »

Dieſes Reglement wurde am 19. Auguſt 1848 erlaſſen [1]; dasſelbe teilt den Kanton bezüglich der Verwaltung des Kirchenvermögens in zehn Verwaltungsbezirke, beſtimmt Umfang, Rechte und Pflichten der Verwaltungskammern im einzelnen und der ihnen unterſtehenden Verwaltungsbeamten.

Dieſer komplizirte Verwaltungsapparat war nicht von langer Dauer. Schon im Jahre 1850 wurde die Vereinfachung desſelben beſchloſſen. Die Verwaltungskommiſſionen, welche das Geſetz vom 5. Juli 1848 ſchuf, wurden abgeſchafft und an ihrer Stelle eine Centralverwaltungskommiſſion des Kirchenvermögens mit Sitz in der Hauptſtadt eingeſetzt. Dieſe, aus drei Mitgliedern und einen Sekretär beſtehend, hatte alle Verwaltungsgeſchäfte und die Aufſicht über die ausführenden Organe zu beſorgen. Letztere wurden ebenfalls nach Möglichkeit vereinfacht und ihre Rechte und Pflichten neu feſtgeſtellt. Die Centralkommiſſion ihrerſeits unterſtand der Kultusdirektion [2]. Eine weitere Vereinfachung, verſchiedene Fragen der Finanzverwaltung, wie Placirung von Kapitalien u. ſ. w. betreffend, brachte das folgende Jahr [3].

---

[1]) Bulletin XXIII, p. 256 ff.

[2]) Bulletin XXV, p. 304 ff.

[3] Bulletin XXVI, p. 163 (19. September 1851).

Im Jahre 1856 wurde die Verwaltung der Benefizialgüter insofern geändert, als auch ein Vertreter der kirchlichen Behörde der Oberverwaltungskommission beigegeben und derselben ein gewisses Aufsichtsrecht über die Verwaltung zugestanden wurde. Die Bestimmungen sind folgende [1]):

« Il est adjoint à la Commission centrale des biens du clergé catholique un membre ecclésiastique, avec voix consultative. La nomination de ce membre appartient à l'autorité diocésaine.

L'opinion du membre ecclésiastique de la commission est mentionnée chaque fois dans le procès-verbal, dans les questions à soumettre à la Direction des cultes et au Conseil d'Etat.

Les bénéficiers sont admis en tout temps à faire leurs observations sur la gestion et les comptes des receveurs auprès de la Commission centrale, qui prononce sur leur mérite, sous bénéfice de recours à la Direction des cultes. A cet effet, les livres et les comptes qui concernent chacun d'eux doivent toujours être à leur disposition dans les bureaux de l'administration.

Avant leur passation par la Commission centrale, les comptes relatifs à l'administration des biens généraux du clergé (séminaire, évêché, etc.), sont soumis à l'examen de l'autorité diocésaine, afin qu'elle puisse transmettre ses observations directement ou par son représentant dans la commission, dans un terme suffisant qui n'excédera pas un mois. »

Nach dem Sturz der radikalen Regierung wurde die Verwaltung des Benefizialgutes den kirchlichen Organen zurückgegeben, vorbehaltlich der Oberaufsicht der geistlichen und weltlichen Behörde. Ein vorläufiger Beschluß des Großen Rates vom 21. November 1857 enthält folgende Bestimmungen [2]):

« Considérant que, sous l'empire de la Constitution de 1848, le clergé catholique de ce canton a été privé du droit

---

[1]) Bulletin XXX, p. 149 ff.
[2]) Bulletin XXXI, p. 137.

d'administrer ses biens et que ceux-ci ont été dès lors soumis à l'administration civile, considérant que les lois de la justice aussi bien que l'opinion du pays réclament que cet état de choses ne soit pas plus longtemps maintenu, il est décrété :

L'administration des biens du clergé séculier catholique du canton lui est rendue, sous réserve de la haute surveillance exercée par les deux autorités.

Le Conseil d'Etat est chargé de s'entendre avec l'autorité ecclésiastique compétente, soit au sujet de la remise à opérer des biens du clergé soumis actuellement à l'administration civile, soit à l'égard des mesures de précaution et de surveillance à prendre pour.... une bonne administration de ces biens. Le résultat de cette entente sera soumis au Grand Conseil pour être sanctionné par lui, en modification des dispositions du mode de vivre provisoire, relatives à l'administration du clergé.

En attendant que la remise des dits biens soit opérée, l'administration actuelle continuera de subsister et de remplir les fonctions, qui lui sont attribuées par les lois et les règlements jusqu'ici en vigueur. »

Im Prinzip will die Regierung den kirchlichen Organen diejenigen Rechte an der Verwaltung des Kirchenvermögens zurückgegeben, welche dieselbe vor dem Jahre 1848 hatten. Eine weitere Vereinbarung zwischen Kirche und Staat sollte die näheren Bestimmungen festsetzen und die Angelegenheit endgültig regeln. Diese erfolgte am 6. Mai 1858 [1]) :

« En vue de régler, d'un commun accord, le mode de surveillance à exercer sur les biens ecclésiastiques dont l'administration a été rendue au clergé par décret du Grand Conseil, en date du 18 novembre 1857, le Conseil d'Etat du canton de Fribourg et l'autorité diocésaine sont convenus de ce qui suit :

Les biens ecclésiastiques appartenant à la mense épis-

---

[1]) Bulletin XXXII, p. 36 ff.

copale, au séminaire et à d'autres fondations ayant une destination spéciale, seront régis et administrés conformément aux intentions des donateurs et au mode établi avant 1848.

En ce qui concerne les biens appartenant aux bénéfices curiaux et aux chapellenies, les bénéficiers rentreront dans la possession et l'administration de ces biens, mais les titres de créance de chaque paroisse seront déposés dans ses archives, dont le bénéficier et les personnes désignées par la paroisse auront chacun une clé adaptée à des serrures différentes.

Chaque bénéficier aura un rentier où tous ces titres seront inscrits au fur et à mesure d'après un modèle qui sera fourni et il en percevra les intérêts.

Les mesures conservatoires de ces titres incombent au bénéficier.

Le bénéficier et la paroisse sont responsables des pertes qui pourraient avoir lieu par leur faute ou négligence, chacun dans la mesure de la part qu'il peut y avoir.

Il sera adjoint à la Direction des cultes une commission de surveillance sur les biens du clergé. Cette commission [1]), présidée par le Directeur des cultes, sera composée d'un membre désigné par le Conseil d'Etat [2]) et de deux autres membres nommés par le chef du diocèse. Elle aura pour secrétaire celui de la Direction des cultes.

Les attributions de cette commission sont les suivantes:

a) Elle veille à la conservation des biens appartenant aux bénéfices ecclésiastiques dont elle recevra un inventaire général dressé à l'époque de la remise qui en sera faite.

b) Elle a soin de rectifier et de compléter cet inventaire d'après les états qui devront lui être fournis.

c) Chaque fois qu'elle le jugera nécessaire, la commis-

---

[1]) Am 1. September 1858 tritt dieſelbe ihr Amt an; auf dieſelbe geht das Verwaltungsarchiv der Centralverwaltungskommiſſion über. (Bulletin XXXII, p. 65 ff).

[2]) Bulletin XXXII, p. 56.

sion vérifiera par des délégués l'existence des titres de créance, leur conformité aux règles prescrites, ainsi que les causes des pertes qui auraient pu avoir lieu.

d) Elle préavise sur toutes les questions qui se rattachent à la surveillance dont elle est chargée.

e) Si des difficultés surviennent entre les bénéficiers et les paroisses ou d'autres tierces personnes, elle prend à cet égard les informations nécessaires pour les concilier si possible et en référer au besoin aux autorités compétentes.

Relativement aux biens de la collégiale de St-Nicolas, l'Etat se réserve d'aviser aux mesures de surveillance nécessaires pour leur conservation. A cet égard, l'autorité diocésaine se déclare incompétente. »

Zur Verwaltung des Vermögens des Kapitels St. Niklaus und der ihr inkorporirten Benefizien und Stiftungen, wurde am 25. Auguſt 1858 eine aus zwei Kapitelsmitglieder und einem vom Staatsrate ernannten Laien beſtehenden Kommiſſion eingeſetzt [1]). Die Verwaltungskommiſſion iſt der Kultusdirektion zu jährlicher Rechnungsablegung verpflichtet.

In Bezug auf die Klöſter wurden die Verordnungen der Regierung von 1848 ebenfalls aufgehoben [2]) und eine Kommiſſion, zu welcher die betreffenden Klöſter je einen Vertreter ſenden konnten, eingeſetzt, welche den gegenwärtigen Vermögensſtand feſtſtellen ſollte, auf Grund welches dann eine Ausſcheidung und die Rückerſtattung des Kloſtergutes ſtattfinden ſollte [3]). Durch Verfügung vom 3. Dez. 1858 [4]) wurde den noch beſtehenden Klöſtern ihr Vermögen, ſowie die Verwaltung derſelben zurückgegeben mit der Verpflichtung, wie früher, jährlich der Regierung die Rechnungen vorzulegen. Die Güter der aufgehobenen Klöſter blieben einſtweilen unter Verwaltung der weltlichen Behörde; die Einkünfte derſelben wurden dazu verwendet, um den noch vorhandenen Konventualen eine jährliche

[1]) Bulletin XXXII, p. 72 ff.
[2]) Bulletin XXXI, p. 81 (3. Juni 1857).
[3]) Bulletin XXXI, p. 135 ff. (7. November 1857).
[4]) Bulletin XXXII, p. 96, 241.

Rente zu zahlen, welche später in eine lebenslängliche umgewandelt wurde [1]). Im Jahre 1867 wurde auch über die Verwendung des Vermögens der aufgehobenen Klöster endgültig verfügt [2]).

Die neuesten Bestimmungen über die Verwaltung und Verwendung des Benefizialgutes enthalten die Pfarreigesetze. Das Gesetz vom 7. Mai 1864 überträgt dem Pfarreirat die Verwaltung des Ortskirchengutes und bestimmt, daß die Verwaltungsbehörde die Instandhaltung der kirchlichen Gebäude, des Benefizial- und Stiftungsgutes überwache. Die Pfarrei hat auch die Verpflichtung, für den Unterhalt der kirchlichen Gebäude und des Kultus zu sorgen, insofern die Erträgnisse aus den ordentlichen Mitteln nicht ausreichen [3]). Dieselben Bestimmungen sind in die Pfarreigesetze von 1879 [4]) und 1894 [5]) übergegangen und bilden heute geltendes Recht. Die Oberaufsicht über die Verwaltung des Pfründe- und Stiftungsvermögens steht der oben erwähnten Verwaltungskommission zu.

---

[1]) Bulletin XXXVII, p. 151.
[2]) Bulletin XXXVII, p. 147 ff. (26. November 1867).
[3]) Loi sur les communes et paroisses 1864, § 277, 280, 291.
[4]) §§ 277, 279, 289.
[5]) §§ 302, 309, 314.